

Zitierweise:

Stefan Beig, Die Euro-Illusion: Vom Integrationsprojekt zur grünen Planwirtschaft, Austrian Institute Paper Nr. 28 (2020)



AUSTRIAN
INSTITUTE
ECONOMICS & SOCIAL PHILOSOPHY

Austrian Institute Paper

Nr. 28 / 2020

Stefan Beig

Die Euro-Illusion: Vom Integrationsprojekt zur grünen Planwirtschaft

Konstruktionsmängel und Wandlungen der Währungsunion

Weder die konjunkturelle Erholung der vergangenen Jahre noch der Abgang Mario Draghi als Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB) läuteten das Ende der Nullzins-Politik ein. Das zuletzt vom Italiener durch den EZB-Rat durchgedrückte Maßnahmenpaket, das unter anderem eine Zinssenkung und die Neuauflage der Anleihenkäufe vorsieht, bleibt unangetastet. Doch Draghis Nachfolgerin Christine Lagarde will sich offensichtlich auch nicht darauf beschränken, die lockere Geldpolitik ihres Vorgängers einfach fortzusetzen, wie viele zunächst erwartet hatten. Vielmehr will sie beim Kampf gegen die Erderwärmung „dabei sein“, ein Thema, für das sie sich schon als Direktorin des Internationalen Währungsfonds interessiert hat. Geht es nach Lagarde, soll sich künftig auch die EZB dem Kampf gegen den Klimawandel widmen: Die EZB-Wirtschaftsprognosen würden dann auch Klimarisiken mitberücksichtigen und über kurz oder lang mit dem Kauf grüner Anleihen zur Förderung des Klimaschutzes beginnen.

Die eigentlichen Probleme der Euro-Zone wird die EZB so freilich nicht lösen. Ein Blick auf die bisherige Geschichte des letztlich gescheiterten europäischen Währungsprojekts macht diesen neuen Fokus der Geldpolitik aber in gewisser Hinsicht verständlicher, wenn auch nicht richtiger.

Zunächst dürfte die grüne Wende der EZB zumindest klären, wie EU-Kommissionspräsidentin Ursula van der Leyen ihren eine Billion Euro teuren „Green Deal“, der Europa bis 2050 zum kohlenstofffreien Wirtschaftsraum machen soll, finanzieren wird: über die Druckerpresse. In dem Maastrichter Vertrag steht von all dem selbstverständlich nichts. Er nennt Preisstabilität als Kernziel der EZB. Dass die EZB somit ihr Mandat neuerlich überschreitet – man weiß nicht mehr zum wievielten Mal – ist mit Blick auf die Vergangenheit freilich nicht überraschend. Allein die Rettung Griechenlands wurde unter Verletzung aller Regeln beschlossen, indem man auf einmal die Kohäsion der Euro-Zone als neues Kriterium aus dem Hut zauberte und so die Subvention anderer Länder rechtfertigte. Keine geringere als Christine Lagarde selbst gestand damals in einem Moment der Ehrlichkeit: „Wir verletzen alle Rechtsvorschriften, weil wir einig auftreten und wirklich die Euro-Zone retten wollten (...) Der Vortrag von Lissabon war eindeutig. Keine Rettungsaktionen.“

Die Transformationen der EZB

Heute macht die EZB kein Hehl mehr daraus, mit ihrer kreativen Geldpolitik den Rahmen

und die Zielsetzungen des Maastrichter Vertrags verlassen zu haben. Im Februar 2019 verteidigte Mario Draghi in einer Rede an der Universität Bologna ausdrücklich das Recht der EZB, ohne demokratische Kontrolle durchzuregieren.¹

Die EZB habe nur deshalb die Euro-Krise bewältigen können, weil sie dank weitreichender Entscheidungsbefugnis zuvor nicht erprobte Instrumente habe ausprobieren können. Die bisherigen festen Regeln dürften ihr nicht im Wege stehen. Soweit das Narrativ der EZB.

Der permanente Regelbruch durch die EZB kombiniert mit einer ungeheuren Ausweitung der Machtfülle des EZB-Präsidenten, und das alles bar jeder demokratischen Kontrolle, treibt vielen Beobachtern Sorgenfalten auf die Stirn. „Die EZB hat aufgrund ihrer ausufernden Entscheidungen eine Machtfülle zusammengesammelt, die durch die Maastrichter Verträge nicht einmal ansatzweise vorgesehen war“, kritisiert etwa der deutsche Ökonom Hans-Werner Sinn. „Damit ist plötzlich an der Spitze der EZB eine Art von legitimem Diktator entstanden, der über sehr viele finanzielle Ressourcen verfügt und Mittel zwischen Ländern hin- und herschieben kann.“²

Sollte nun mit Lagarde tatsächlich eine ökologische Geldpolitik beginnen, würde das die zweite große Umwandlung der Rolle der EZB bedeuten. Diese wurde zunächst mit der Finanzkrise von 2008 zum Kreditgeber der letzten Instanz und damit zu einer Art Bail-Out-Behörde, die notleidenden Banken und Staaten beispringt. Mit einer grünen Geldpolitik würde sie zu einer Wirtschaftsregierung, die

sich ihr Budget selbst drückt. Konkret bedeutete dies: Zwecks Klimaschutz verschuldet sich die EU und nimmt Kredite auf – was sie allerdings gar nicht darf. Deshalb verlegt sie – nicht zum ersten Mal – die Schulden auf die intergouvernementale Ebene, also auf die Rettungs- und Investitionsfonds der EU. An der Finanzierung beteiligt sich danach die EZB. So würden dann die Anleihen jener Institutionen gekauft, die von der EU-Kommission als besonders klimafreundlich eingestuft werden.

Diese neue Zielsetzung der EZB könnte sehr bald die nächste Transformation der EZB einleiten: Da nämlich die Garantie dafür fehlt, dass Unternehmen die ihnen von der EZB gewährten Kredite auch tatsächlich für Umwelt- und Klimaschutz einsetzen werden, müsste dies von der EZB überprüft werden, womit sie auch noch zur Klima- und Umweltschutzbehörde mutieren würde, eine Funktion, die bei ihrer Gründung nicht einmal angedacht war.

Fiskalpolitische Ziele hinter dem „Green Deal“

Für eine ökologische Geldpolitik werben mittlerweile auch Finanzexperten und Notenbanker. Einige besonders lautstarke Stimmen kommen aus den USA, viele stützen sich dabei auf die „Modern Monetary Theory“ (MMT), die auch in Europa zunehmend Gehör findet. Anfang Februar 2019 fand die erste europäische MMT-Konferenz in Berlin statt. Der MMT zufolge ist ein Staat in seiner eigenen Währung immer solvent, weshalb auch Staatsanleihen immer risikofrei seien, weil die Zentralbank selbst die Kreditrückzahlungsfähigkeit des

¹ Die Rede kann im Internet nachgelesen werden: <https://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2019/html/ecb.sp190222~fc5501c1b1.en.html> (Zugriff Februar 2020).

² Hans-Werner Sinn, Die SPD kann nur dann gewinnen, wenn sie mit dem ideologischen Gerede aufhört, The European 11.3.2019:

<https://www.theeuropean.de/hans-werner-sinn/15513-interview-mit-hans-werner-sinn-3> (Zugriff Februar 2020).

Staates über neue Kredite garantiert. Die MMT hält durch Zentralbankkredite finanzierte staatliche Defizite sogar für unerlässlich für eine positive wirtschaftliche Entwicklung. Mit anderen Worten: Der Staat soll mit Hilfe der Notenbanken – sprich: der Notenpresse – noch mehr Geld ausgeben als bisher. In Zeiten wie diesen könnten solche Überlegungen auch bei Regierungen auf durchaus fruchtbaren Boden stoßen, schließlich legitimieren sie ja nicht nur die Schuldenmacherei, sondern fordern sie sogar energisch.³

Dass die Ideen der MMT gar nicht so neu sind, hat kürzlich der Ökonom Daniel Stelter unter Verweis auf die Weimarer Republik unterstrichen.⁴ Er sieht die EZB mit einer grünen Geldpolitik bereits auf den Pfaden der MMT. Der Unterschied bestehe nur darin, dass die Notenbanken entscheiden, wem sie wie viel Geld zur Verfügung stellen, nicht die Regierungen. Im allseits beschworenen Kampf gegen den Klimawandel läge demnach der optimale Ansatz für Notenbanken, Staaten direkt zu finanzieren.

Stelter macht auch auf die fiskalpolitischen Überlegungen hinter der grünen Geldpolitik aufmerksam⁵, nachdem die Politik des billigen Geldes die Folgeprobleme der Finanzkrise nicht lösen konnte. Was man in den 1930er Jahren mit Notenbankfinanzierten Konjunk-

turprogrammen zur Bewältigung der Great Depression versucht habe (zuerst in Japan, danach in den USA und in Nazi-Deutschland), bis es am Ende der Zerstörungskraft eines großen Krieges bedurft habe, um die Depression zu überwinden, all das solle heute der „Green Deal“ leisten. Wie das? Stelter zufolge ging es in den 1930er Jahren „im Kern darum, vorhandenes Vermögen – Maschinen, Anlagen – zu entwerten (nicht unbedingt durch Zerstörung, sondern durch die rasche Investition in bessere Technologien etc.) und damit die Grundlage für neue Nachfrage zu schaffen, die dann über die staatlichen Konjunkturprogramme und die Ausweitung der Geldmenge finanziert wurde.“ Nach diesem Muster solle nun der Kampf gegen den Klimawandel stattfinden: Erst führt die Abkehr von fossilen Brennstoffen und die Bestrafung des CO₂-Ausstoßes zur Entwertung vorhandenen Vermögens jener Unternehmen und Privaten, die CO₂ verursachen – und das sind viele: Automobilhersteller, Ölheizungsutzer, Immobilienbesitzer etc. Dadurch entstehe ein Zwang zu neuen Investitionen, die der Staat durch ein Förderprogramm in Billionenhöhe finanziert: „Ladestationen statt Tankstellen, Elektroautos statt Verbrennungsmotor, Wärmepumpe und Solar- statt Ölheizung ...“ Ohne Notenbanken ist das nicht zu finanzieren.

³ Als wichtiger Ideengeber der MMT gilt das Werk „Staatliche Theorie des Geldes“ (1905) des deutschen Nationalökonom Georg Friedrich Knapp (1842 – 1926). Bei seinem Erscheinen erlangte das Buch viel Aufmerksamkeit, später geriet es in Vergessenheit. Ludwig von Mises erwähnt es mehrmals abschätzig in seinen „Erinnerungen“ und zitiert Carl Menger mit den Worten: „Das ist die folgenreiche Entwicklung der preußischen Polizeiwissenschaft. Was soll man von einem Volke halten, dessen Elite nach zweihundert Jahren Nationalökonomie solchen Unsinn, der nicht einmal neu ist, als höchste Offenbarung bewundert? Was hat man von einem solchen Volke noch zu erwarten?“

Ludwig von Mises, *Erinnerungen*, 2. Auflage Stuttgart 2014, 20.

⁴ Vgl. Daniel Stelter, *Wie der Klimawandel das Weltfinanzsystem bedroht – und wie die Notenbank gegensteuert*, *Manager Magazin* 22.1.2020: <https://www.manager-magazin.de/finanzen/artikel/stelter-kolumne-a-1304220-3.html> (Zugriff Februar 2020).

⁵ Vgl. ders., „Gäbe es den Klimawandel nicht - man müsste ihn erfinden“, *Manager Magazin* 20.1.2020: <https://www.manager-magazin.de/finanzen/artikel/nachhaltigkeit-als-wirtschaftsmotor-klimawandel-kurbelt-a-1304198.html> (Zugriff Februar 2020).

Ein Vorhaben mit vielen Risiken

Gegen diese Pläne erheben sich mehrere Bedenken:

Dass Zerstörung für die Volkswirtschaft ein Segen ist, hat schon Henry Hazlitt zu Recht bezweifelt.⁶ Daniel Stelter kritisiert auch die planwirtschaftliche Ausrichtung der neuen grünen Geldpolitik, die offensichtlich Deutschlands schlechtem Beispiel der vergangenen Jahre folgt. Die Konsequenzen der deutschen Politik sind bereits spürbar: Die Commerzbank sieht eine „schleichende Deindustrialisierung“ Deutschlands: Ein Konjunktуреinbruch macht sich etwa in der Fahrzeugproduktion und dem verarbeitendes Gewerbe bemerkbar, in auffallendem Kontrast zur restlichen EU⁷, die Industrieproduktion erlebte im Dezember den höchsten Rückgang seit 2009, damals allerdings im Zuge der Finanzkrise.⁸ Von den Prinzipien einer Erhard'schen Wirtschaftspolitik verabschiedet sich die deutsche Wirtschaftspolitik.⁹

⁶ Vgl. Henry Hazlitt, Die 24. Wichtigsten Regeln der Wirtschaft, München 2014, S. 29-35; sowie die Kurzfassung des Austrian Institute: <https://austrian-institute.org/de/essential/economics-in-one-lesson/2-zerstoeung-ein-segen/>. Hazlitt hält dort u.a. fest: „Wir kommen, zusammengefasst, zu dem Schluss, dass es nie von Vorteil ist, wenn eine Anlage von Granaten oder Bomben zerstört wird, es sei denn, sie ist infolge von Wertminderung und Überalterung bereits wertlos geworden.“, S. 35.

⁷ Julia Löhr und Niklas Záboji, Die schleichende Deindustrialisierung, FAZ 7.2.2020.

⁸ Konkret schrumpfte die deutsche Industrieproduktion im Dezember 2019 um 3,5 Prozent gegenüber dem Vormonat, im Vergleich zum Vorjahresmonat waren es sogar weniger 6,8 Prozent. Vgl. dazu u.a. Martin Greive, Neue Sorgen vor einem Konjunktуреinbruch in Deutschland, Handelsblatt 7.2.2020.

⁹ Wenn jetzt Wirtschaftsminister Peter Altmaier auf große Industrieunternehmen setzt, damit Deutschland im Konkurrenzkampf mit China

Wer in den Vorhaben der EU-Kommission nicht vorkommt, ist der Konsument. In einer freien Marktwirtschaft stünde er im Mittelpunkt. Wenn staatliche Förderprogramme hingegen künstliche Monopole schaffen, die der Verbraucher mit höheren Preisen bezahlen muss, kann von freier Marktwirtschaft keine Rede mehr sein. Der Umstieg auf Elektroautos stellt vor massive Herausforderungen, und Programme, die an den realen Bedürfnisse der Konsumenten vorbeiproduzieren, werden kaum rentabel sein, weshalb sie auch künftig vom Steuerzahler finanziert werden müssen – halt nicht nur über Steuern, sondern über Geldpolitik. Typisch für Unternehmen, deren Mehrausgaben vom Staat bzw. der Notenbank finanziert werden, sind im Übrigen soft-budget-constraints – Aufweichungen der Budgetrestriktionen –, die der ungarische Ökonom Janos Kornai beschrieben und als charakteristisch für Planwirtschaften herausgearbeitet hat.¹⁰

Die Ausweitung der Anleihekäufe, die den Euro-Raum zur staatlich gelenkten Ressour-

besteht, dann könnte der Gegensatz zu Ludwig Erhard größer kaum sein, denn Erhard fürchtete ganz besonders Monopole und ihre negativen Folgen für den Wettbewerb. Vgl. dazu Frank Schäffler, Wo sind Erhards Prinzipien „geblieben?, Prometheus – Das Freiheitsinstitut 7.2.2020 <https://prometheusinstitut.de/wo-sind-erhards-prinzipien-geblieben/> (Zugriff Februar 2020).

¹⁰ Vgl. János Kornai, Economics of Shortage, Amsterdam 1980. Und: The Soft Budget Constraint, in: Kyklos, Vol. 39, 1986 3-30. Kornai unterstreicht: „Die ‚Aufweichung‘ der Budgetrestriktionen zeigt sich, wenn sich der enge Zusammenhang zwischen den Ausgaben und Einnahmen einer Wirtschaftseinheit (Firma, Haushalt usw.) auflockert, weil die Mehrausgabe von einer anderen Institution, im typischen Falle vom paternalistischen Staat, gedeckt wird. Je höher die subjektive Wahrscheinlichkeit ist, dass die Mehrausgabe durch eine außenstehende Hilfsquelle gedeckt wird, um so weicher ist die Budgetrestriktion.“

cenallokation verwandelt, ist auch demokratiapolitisch hochbedenklich: Die gezielte Förderung konkreter Sektoren der Volkswirtschaft fällt eigentlich in den Zuständigkeitsbereich von Regierungen. Übernimmt die EZB auch diese Agenden, so könnten diese nicht mehr von den Regierungen über die Parlamente legitimiert werden. Schon bisher sind die Möglichkeiten des Bürgers die EU-Politik zu beeinflussen beschränkt. Für die EZB gilt das im Besonderen. Welche Möglichkeiten die europäischen Völker noch hätten, sich gegen solche Maßnahmen zu wehren, ist schleierhaft. Die Wahl extremer Parteien bliebe für viele wohl die naheliegende Option.

Die Zentralbank weicht ein weiteres Mal ihr Mandat auf, wenn sie künftig gezielt Ressourcen in gewisse Sektoren der europäischen Volkswirtschaft lenkt – und keiner kann garantieren, dass es bei der Klimapolitik bleibt. Ein Ende ist nicht in Sicht: Heute ist es der Umwelt- und Klimaschutz, dem sich die EZB verpflichtet fühlt, morgen kann es genauso gut schon etwas anderes sein. Klimapolitik wird zum Einfallstor für staatlich gelenkte Planwirtschaft, und ihrer Ausweitung auf andere Bereiche steht prinzipiell nichts im Wege.

Auch die Bevorzungen bestimmte Marktteilnehmer ginge mit grüner Geldpolitik unvermindert weiter. Unter Draghi galt zumindest offiziell noch das Prinzip der Marktneutralität, von dem sich Lagarde nun offensichtlich abwendet. Doch selbst unter Draghi wurden durch den Ankauf von Unternehmensanleihen große Unternehmen gegenüber kleinen begünstigt. Künftig sollen auch noch CO₂-Sünder bestraft werden. Im Übrigen blenden die Ideen der MMT die umverteilenden Wirkungen der Geldschöpfung aufgrund des Cantillon-Effekts aus.

Geldpolitik als Umwelt- und Klimapolitik, sowie als gelenkte Ressourcenallokation birgt aber noch weitere Konfliktmomente. Es bestehen unter den europäischen Staaten unter-

schiedliche Vorstellungen bezüglich der Gestaltung klimaneutraler Politik – siehe Atomkraft. Im Übrigen verfolgen Staaten ja auch unterschiedliche Interessen, je nach Lage ihrer Industrie. Der Euro, der schon bisher zum Europa entzweierenden Zankapfel geworden ist, wird es damit auch weiterhin sein. So wie in der Vergangenheit die Ausweitung der Geldmenge zu Konflikten über die Frage führte, wer wieviel davon kriegt, ist nicht einzusehen, weshalb das bei einem ökologischen Geldprogramm anders sein sollte.

Mit Blick auf die von Stelter angesprochene Zerstörungskraft der grünen Geldwende könnte man sich fragen, weshalb die Politik nicht gleich beim Ausbruch der Finanzkrise schmerzhaft Marktkorrekturen zugelassen hat, anstatt mit noch mehr Schulden und noch billigerem Geld zu reagieren. Eine Antwort ist: Sämtliche Banken (nicht nur in Europa) überredeten damals die Politik zu drastischen Maßnahmen, um ihre Insolvenz abzuwenden, und zwar mit dem Argument der eigenen Systemrelevanz („too big to fail“). Darüber hinaus hätte die Währungsgemeinschaft eine Korrektur ohne solche Eingriffe kaum überlebt. Und ein offenes Eingeständnis der Problematik der bisherigen Geldpolitik, wie auch der Konstruktionsmängel des Euro hätte zu schwerwiegenden und schwer realisierbaren Schlussfolgerungen führen müssen, zu denen die Politik freiwillig nicht bereit ist.

Es gibt aber Alternativen zur endlosen Politik des billigen Geldes und zu einer daran anknüpfenden ökologischen Geldpolitik. Es folgt ein Blick zurück auf einige – keineswegs alle – Fehler bei der Schaffung der Währungsunion, die neben der genannten Geldpolitik Ursache für die verhängnisvolle Situation der Euro-Zone sind. Die Kritik an der Geldpolitik, sowie ein am Ende vorgestellter Lösungs- und Reformvorschlag der Euro-Zone und der EU stützen sich vor allem auf Ausführungen des ehemaligen Chefvolkswirts der Deutschen Bank

und jetzigen Leiters des Flossbach von Storch Instituts Thomas Mayer.

Angemahnte Konstruktionsmängel des Euro

Als der Maastricht-Vertrag 1991 die Entstehung der Währungsunion einleitete, bemerkte der damalige ARD-Korrespondent Rolf-Dieter Krause: „Kein einziges Mal denken die Verantwortlichen öffentlich über die Qualität des Vertrages nach.“ Es gelte: „Wer gegen Maastricht ist, ist gegen Europa.“¹¹ Krause warnte: „Ohne kritische Beteiligung einer breiten Öffentlichkeit – und ohne ihre wohlfundierte Zustimmung – kann Europas Politik sich so weit von den Bürgern abkoppeln, dass diese der EG überdrüssig werden könnten.“¹² Bezüglich der Bestimmungen über die Währungsunion unterstrich er: „Sie spiegeln ... mehr Sicherheit vor, als sie gewährleisten können.“¹³

Die Politik wollte von solchen Einwänden nichts wissen. Noch 2001 prophezeite der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl: In spätestens fünf Jahre werde Großbritannien in die Währungsunion eintreten, gefolgt von der Schweiz.¹⁴ Solche und ähnliche Prognosen entpuppten sich als Wunschdenken. Politik braucht Visionen. Basieren diese aber auf Illusionen, so mündet sie in Frustrationen. Vor lauter Wunschdenken wurden mehrere Fehler begangen.

¹¹ Rolf-Dieter Krause, *Europa auf der Kippe. Die fatale Sprengkraft des Euro*, München 1992, 7.

¹² Ebd. 12 f.

¹³ Ebd. 58.

¹⁴ Siehe u.a. Marcel Amrein, *Der Kanzler, der es gut meinte*, NZZ 17.6.2017.

¹⁵ Die hier vorgebrachten Bedenken zählte Thatcher in einer Rede bei der CNN World Economic Development Conference im September 1992 auf, die im Internet nachzulesen ist: <https://www.margarethathatcher.org/document/108304>.

(1) Starre Wechselkurse

Vor starren Wechselkursen warnte Anfang der 1990er Jahre vor allem die ehemalige britische Premierministerin Margaret Thatcher, die sich von Anfang an offen gegen den Maastrichter Vertrag und dessen Ratifizierung stellte. Ihre Worte sind rückblickend weiter helllichtiger. Thatcher verwies auf die massiven Unterschiede zwischen den europäischen Volkswirtschaften in Hinblick auf Entwicklungsstand, wirtschaftliches Potential, Steuerpolitik und Inflation. In der Starrheit fixer Wechselkurse sah Thatcher eine Bedrohung, die u.a. zu künstlich billigen Importen und künstlich teuren Exporten führen und Währungsanpassungen verhindern. Thatcher rechnete deshalb in weiterer Folge mit massiven Verwerfungen, der entstehenden Notwendigkeit von großen Geldtransfers zwischen starken und schwachen Volkswirtschaften, sowie zunehmender Arbeitslosigkeit. Darüber hinaus vermisste sie einen „Notausgang“. Dies alles sei Nährboden für neue, extremistische Parteien. Das allmähliche Entstehen eines zentralen europäischen „Superstaates“ werde zusätzlich zu Abgehobenheit der europäischen Institutionen und einer Entfremdung zwischen Bürgern und Politik führen.¹⁵

Den Warnungen Thatchers werden heute viele beipflichten.¹⁶ Doch gerade die ins Treffen geführten starren Wechselkurse waren für einige Staaten leider ein Anreiz, der

¹⁶ Vgl. dazu u.a. etwa Dominik Geppert, *Ein Europa, das es nicht gibt*, Europa Verlag 2013. Der deutsche Historiker erklärt hier ganz im Sinne Thatchers rückblickend: Die Zentralbanker und Finanzfachleute nahmen an, man könne sämtliche Nationalstaaten „in einem System fester unveränderlicher Wechselkurse zusammenfassen und die negativen Folgewirkungen durch kluge institutionelle Arrangements und Verhaltensregeln im Griff behalten. Dem stand von Anfang an die Tatsache entgegen, dass die Mitgliedsstaaten der Währungsunion sich in ihren kulturellen und politischen Traditionen, in

Währungsunion beizutreten. Romanische Länder wie Frankreich konnten sich so der harten D-Mark entledigen, die vor der Euro-Einführung die hochinflationäre Politik dieser Staaten durch Vergleiche und Entwertungen bloßstellte.

(2) Niedrigere Zinssätze im Süden

Eine weitere Folge der Euro-Einführung, die sich bereits vor Ausbruch der Finanzkrise bemerkbar machte, war das Sinken der Zinssätze in den südlichen Mittelmeer-Staaten, vor allem auf Staatsanleihen. Das lag zum einen an den sinkenden Inflationserwartungen – das auf die EZB übertragene Ansehen der Bundesbank zeigte Wirkung – zum anderen sank auch die Risikoprämie. Ingeheim rechneten alle damit, dass im Fall des Falles die stärkeren Nationen einspringen und die schwächeren stützen werden (was auch geschah – siehe Punkt 4), wodurch das Zahlungsausfallsrisiko sank, obgleich es nicht dem tatsächlichen Zahlungsausfallsrisiko dieser Staaten entsprach. Mehr als Verträge diszipliniert eben die freie Marktwirtschaft durch höhere Zinsen und Währungsabwertungen die Haushaltspolitik von Staaten. Fällt diese disziplinierende Kraft der Märkte weg, sind auch die Verträge nicht mehr das Papier wert, auf dem sie geschrieben stehen, und die Staaten beginnen sich bedenkenlos zu verschulden.

Die niedrigen Zinssätze waren auch nicht durch reale Ersparnisse gedeckt. In der Folge

den vorherrschenden Mentalitäten und Denkweisen zum Teil gewaltig voneinander unterschieden. Ihre Wirtschaftskraft war ungleich entwickelt.“ Dass all die Differenzen „ignoriert oder vernachlässigt wurden, war und ist der entscheidende Konstruktionsfehler der Europäischen Währungsunion. Alle weiteren Schwierigkeiten folgten daraus.“ 67 f.

¹⁷ Bild-Zeitung, am 11.3.2011.

wurden über Kredite zahlreiche unrentable Immobilieninvestitionen in Spanien und in Italien in die Wege geleitet. Zurück bleiben Geisterstädte und leer stehende Flughäfen. Durch massiv überhöhte Löhne verlor vor allem Griechenland an Wettbewerbsfähigkeit.

(3) Mehrheitsverhältnisse im EZB-Rat

Da im EZB-Rat alle Euro-Staaten – egal wie groß oder klein – mit nur einer Stimme sprechen, brauchten die romanischen Länder die neue Währung aufgrund ihres eigenen Übergewichts nicht zu fürchten. Die Maastrichter Verträge, auf die allein Helmut Kohl vertraut hatte, erwiesen sich angesichts solcher Kräfteverhältnisse als ungenügend. Hartgeldländer wie Deutschland können sich bis heute nicht durchsetzen. Die von den Deutschen in die Verträge hineinreklamierten Stabilitätskriterien samt Unabhängigkeit der EZB waren bestenfalls ein Pyrrhussieg. Sie entpuppten sich als Papiertiger.

(4) Fehlende Krisenvorkehrungen und Schuldentransfer

„Eine Transferunion wird es mit mir nicht geben. Jedes Land ist für seine Schulden selbst verantwortlich“, verkündete Angela Merkel noch 2011.¹⁷ Doch die Befürchtungen von Thatcher und anderen Kritikern sollten sich bewahrheiten: Die Krisenpolitik der Folgejahre und die mehrfache Griechenlandrettung strafen Merkels Aussagen Lügen. Nur so konnte man Griechenland im Euro behalten.¹⁸

¹⁸ Gleichzeitig haben die Rettungsmaßnahmen „verhindert, dass Griechenland wieder wettbewerbsfähig wird. Hans-Werner Sinn hält 2018 rückblickend im Paper „The ECB's Fiscal Policy“, NBER Working Papers 24613, National Bureau of Economic Research, Inc. fest: „Die Probleme der Wettbewerbsfähigkeit blieben bestehen.“ Den gewissen Aufschwung Südeuropas nennt Sinn einen „Keynesian Flash“, ausgelöst durch Rettungspakete, die künstliche Senkung der Zinsen und die EZB-Anleihekaufprogramme. Die Anpassung der

Eine Transferunion wäre nichts weiter als die Institutionalisierung der bisherigen Rettungs-politik.

Für die Misere gibt es noch einen anderen Grund: Als 2008 die Krise ausbrach, fehlten in der EU die Vorkehrungen für den Umgang mit Staatsinsolvenzen und für die Abwicklung marroder Geschäftsbanken. Auch das war bei der Einführung des Euro nicht bedacht worden. Die EZB versuchte in der Folge staatliche Insolvenzen mit allen Mitteln zu vermeiden und tat alles um alle Länder im Euro zu halten. Sie wurde – wie bereits erwähnt – zum Kreditgeber der letzten Instanz für Eurostaaten in Finanznöten. In einer freien Marktwirtschaft müsste sich ein überschuldeter Staat wie Italien mit seinen privaten Anlegern auseinandersetzen. Doch aufgrund der Politik der EZB befassen sich heute die verschuldeten Euro-Staaten mit europäischen Partnerländern wie Deutschland als Gläubigern.

(5) Kein Friedensprojekt

Durch die gemeinsame Währung hätte das Zusammenwachsen Europas nach dem Zweiten Weltkrieg gekrönt werden sollen, doch es trat das Gegenteil ein. Der Euro-Währungsanzug entpuppte sich als zu eng für die einen, und als zu weit für die anderen – zum Missfallen aller. Die einen wirtschafteten sich in den Staatsbankrott; zu leicht war es für sie, das gemeinsame Geld zu bekommen. Die anderen erlebten hingegen den Verlust ihrer hart erarbeiteten Ersparnisse und mussten ab der Finanzkrise mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln „den Euro retten“.

Die unter dem Euro-Rettungsschirm stattgefundenen Maßnahmen kaschieren nur schlecht die Griffe der EU in die Steuerkasse

überhöhten Löhne nach unten sei dadurch sogar verhindert worden.

¹⁹ Vgl. dazu Hans-Werner Sinn, Der schwarze Juni. Brexit, Flüchtlingswelle, Euro-Desaster - Wie die

der Nord-Euro-Staaten. Gleichzeitig werden die Südstaaten laufend dazu aufgefordert, zu sparen. Dabei kann das hochverschuldete Italien auf mehr als zehn Jahre wirtschaftliches Null-Wachstum zurückblicken.

Noch vor zehn Jahren wurde der Euro vom damaligen EZB-Chef Jean-Claude Trichet als Garant für Wohlstand und Frieden in Europa angepriesen. Griechische Demonstranten und Zeitungen, die wenige Jahre später Angela Merkel mit Hitler verglichen, sollten uns eines Besseren belehren. Dass eine Transferunion dem Frieden nicht förderlich ist, zeigt auch das Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika.¹⁹ Dort wurden 1791 und 1813 im Zuge der Unabhängigkeitskriege gegen die Briten die Schulden der Einzelstaaten vergemeinschaftet. Die Folge: Es sanken die Zinsen, die Einzelstaaten verschuldeten sich munter weiter, investierten ihr geliehenes Geld in Infrastrukturprojekte, schufen auf diesem Weg Jobs, bis schließlich bis 1842 neun der insgesamt 29 Staaten und Territorien in den Konkurs schlitterten. Der Verbund war zu schwach, um die Lasten zu übernehmen. Die sich nun verschärfenden Spannungen zwischen den Einzelstaaten trugen – neben anderen Gründen – maßgeblich zum Ausbruch des Sezessionskriegs (1861 bis 1865) bei. Danach verabschiedeten sich die USA von der Gemeinschaftshaftung bei Schulden. In der Folge gingen die Zinsen auf die Staatspapiere der einzelnen Staaten stark auseinander, so dass Schuldenexzesse und das Entstehen neuer Blasen ausblieben. Die amerikanische Föderation ist bis heute stabil, aber jeder Bundesstaat kann im Prinzip in den Bankrott schlittern, ohne als dass Washington einspringt.

Neugründung Europas gelingt, 2. Auflage, Freiburg im Breisgau 2016. 173-176.

(6) Deutschlands Erpressbarkeit durch die Target2-Forderungen

Weitere Probleme verursacht der Target2-Mechanismus, der ursprünglich nur als Zahlungsverkehrsinstrument gedacht war. Nur gleichen sich die Konten seit der Eurokrise nicht mehr aus, zunächst weil die deutschen Banken ihr Geld aus den Krisenländern abgezogen haben. Aufgedeckt hat dies der frühere Chef des Münchener Ifo-Instituts Hans-Werner Sinn.²⁰ Er spricht von einem unverzinsten und unbefristeten Überziehungskredit zwischen den Notenbanken. Die Forderungen können von der Deutschen Bundesbank nie fällig gestellt werden.²¹

Deutschland wurde dadurch zum größten Kreditgeber in der Eurozone. Die Target2-Forderungen der Deutschen Bundesbank belaufen sich auf derzeit 900 Milliarden Euro. Verlässt etwa Italien den Euro-Raum, bleibt die Bundesbank und damit der deutsche Steuerzahler auf den Forderungen sitzen. Das macht Deutschland zunehmend erpressbar, was weitere Rettungspakete noch wahrscheinlicher macht.

²⁰ Hans-Werner Sinn, Die Targetfalle. Gefahren für unser Geld und unsere Kinder, München 2012.

²¹ Wie die Target2-Forderungen funktionieren, hat Daniel Stelter mit einem Bild zu dargestellt: „Jeden Abend kommen Gäste in die Kneipe und schreiben Bier und Korn beim Wirt an. Der Wirt reicht die Forderungen gegen seine Gäste bei der Bank ein und bekommt dafür Geld. Zahlen die Gäste später nicht, so ist es nicht mehr das Problem des Wirtes, sondern der Bank, die die Forderungen angekauft hat. Im Target2-System sind die Exportindustrie und die Banken, denen die Fluchtgelder aus den Krisenländern zufließen, die Wirte. Die Bank, bei der die Forderung über Umwege landet, ist die deutsche Bundesbank, die innerhalb des Eurosystems die Kredite gewähren muss. Es gibt gar keine rechtliche Möglichkeit, dies zu verhindern. Zins-

(7) Fehlendes Einlagensicherungssystem

Was ebenfalls nicht bedacht wurde: Der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) fehlt ein Einlagensicherungssystem. Deshalb ist der Euro-Raum bis heute im Grunde nur eine Bargeldunion, denn nur die Banknoten sind in allen Euro-Ländern gleichwertig. Die Bankeinlagen unterscheiden hingegen je nach der Qualität der Kredite und vor allem der Fähigkeit der Staaten, diese Einlagen bei einem Bankkonkurs zu schützen. Für ein einheitliches Einlagensicherungssystem fehlt freilich die politische Union.²²

Vom Beispiel der Sowjetunion lernen

Die Fehlentwicklungen in der EU erinnern an jene Defizite, die der ungarische Ökonom Janos Kornai vor 60 Jahren im Ostblock kritisierte. Kornai nannte die Tendenz zur „Überzentralisierung“ und die bereits oben erwähnten „weichen Budgetbeschränkungen“ für Staatskonzerne als Charakteristika einer sozialistischen Planwirtschaft. Während es in einer funktionierenden Marktwirtschaft harte Budgetbeschränkungen gibt, weil Unterneh-

und tilgungsfrei gewährt so die Bank, deren Eigentümer wir alle sind, Kredit an schwache Schuldner, ohne Sicherheit und ohne Aussicht, jemals wieder das Geld zurückzubekommen. Dem Wirt mag das egal sein. Uns Steuerzahlern sollte es nicht egal sein, vor allem, weil die Verluste sich just dann zu realisieren drohen, wenn wir unsere Ersparnisse bräuchten, um einen sorglosen Ruhestand zu genießen“; vgl. Daniel Stelter, Das Märchen vom reichen Land, München 2018, 74.

²² Vgl. dazu Thomas Mayer, Ein digitaler Euro zur Rettung der EWU, Flossbach von Storch Research Institute 24.10.2019 <https://www.flossbachvonstorch-researchinstitute.com/de/studien/ein-digitaler-euro-zur-rettung-der-ewu/> (Zugriff Februar 2020).

men, die dauerhaft Verluste machen, aus dem Markt ausscheiden müssen, wird dieser Selektionsmechanismus im Sozialismus ausgeschaltet. Hier erhalten defizitäre Staatsunternehmen Zuschüsse und Subventionen, die Fehlbeträge ausgleichen. Solche „soft budget constraints“ liegen auch vor, wenn anhaltend defizitäre Länder durch Euro-Rettungspakete subventioniert werden und sich ineffiziente Systeme halten können.

Die Eurokrise ist nicht gelöst

Ausgestanden ist seit 2008 nichts. Unter der EZB-Präsidentschaft Mario Draghis wurde der kranke Patient mit Drogen vollgestopft, damit er nicht merkt, wie krank er ist. Und reichten die immer niedrigeren Zinsen und eine ungeheuren Geldschwemme von 400 Milliarden Euro nicht aus, half Draghi nach – mit neuen, noch günstigeren Krediten, mit deren Hilfe Schuldner ihre fälligen Kredite finanzieren konnten und Zahlungsausfälle verhindert wurden. Die Zahl geretteter Zombieunternehmen wuchs munter weiter, und ebenso die Schulden. Aber Hauptsache, der Euro wird gerettet – „what ever it takes“.

Die Ausweitung der Geldmenge hatte konkrete und spürbare Folgen für die Menschen. Dazu gehören etwa steigende Aktienkurse und Immobilienpreise. Das erschwert den Vermögensaufbau für junge Menschen, wer hingegen bereits vermögend und Besitzer von Immobilien ist, wurde belohnt. Gleichzeitig zahlt sich sparen in so einem Niedrigzinsumfeld schon längst nicht mehr aus – für Deutsche wie Österreicher besonders schmerzhaft,

denn beides sind traditionell Völker der Sparrer. In der heutigen EU lebt man auf Pump. Aufgrund der in staatlichen wie privaten Haushalten wachsenden Schulden wird eine Zinskorrektur immer unwahrscheinlicher. Was die EZB als Bewältigung der bisherigen Krise ausgibt, ist in Wahrheit nicht weiter als ein Anheizen der nächsten monetären Krise.

Es begann mit den Illusionen des „Dritten Wegs“

Das Euro-Desaster hat mittlerweile zahlreiche Ökonomen und Finanzwissenschaftler auf den Plan gerufen. Der in Princeton lehrende Ökonom Ashoka Mody forderte Deutschlands Austritt aus der Euro-Zone, um das Euro-Abenteuer zu beenden und die Wettbewerbsfähigkeit der anderen Euro-Länder zu stärken.²³ Hans-Werner Sinn wiederum verlangt eine atmende Währungsunion mit geregelten Ein- und Austritten, sowie eine Konkursordnung für Staaten und EZB-Stimmrechte nach der Haftung und Größe der Mitgliedsländer.²⁴ Mehrere deutsche Buchautoren knüpften sich auch Mario Draghi vor, so etwa der Jurist und Finanzwissenschaftler Markus C. Kerber²⁵ sowie der Finanzberater und Spezialist für Risikomanagement Markus Krall²⁶.

Neben den Konstruktionsfehlern des Euro ist es aber die nicht nur auf den Euro-Raum beschränkte lockere Geldpolitik – sie reicht bis in die USA der 1980er Jahre zurück –, die dem Euro-Raum heute so zu schaffen macht. Mit diesem Problem befasste sich vor allem der bereits erwähnte Thomas Mayer²⁷. Die Wur-

²³ Ashoka Mody, Eurotragedy: A drama in Nine Acts, Oxford 2018.

²⁴ Der schwarze Juni, 314-317.

²⁵ Markus C. Kerber, Die Draghi-Krise. Wie die Europäische Union plant und Deutschland bezahlt, München 2018.

²⁶ Markus Krall, Der Draghi-Crash: Warum uns die entfesselte Geldpolitik in die finanzielle Katastrophe führ, München 2017.

²⁷ In „Die neue Ordnung des Geldes. Warum wir eine Geldreform brauchen“, München 2014, widmet sich Mayer vor allem den grundlegenden

zeln der heutigen Probleme sieht er in diesem Zusammenhang auch im von Bill Clinton und Tony Blair propagierten „Dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Die Idee klang verheißungsvoll. Ihr Versprechen lautete: Sicherheit wie im Sozialismus, aber Wachstum wie im Kapitalismus. Und gelingen sollte das über die Geldpolitik.

Ende der 1980er Jahre war die vom britischen Ökonom John Maynard Keynes geprägte Idee der Globalsteuerung wieder in Mode gekommen. Nur sollte sie dieses Mal nicht über das diskreditierte „Deficit spending“ durchgeführt werden, das in den 1970er Jahren explodierende Staatsschulden, sinkendes Wirtschaftswachstum sowie steigende Inflation und Arbeitslosigkeit zur Folge hatte. Nun sollte die Geldpolitik über die Verfolgung eines Inflationsziels die Konjunktur stabilisieren. Seither bekämpfen die Zentralbanken jede Korrektur auf den Finanzmärkten mit niedrigeren Zinsen, um die Konjunktur gegen Rezessionen abzusichern. Das begünstigt verschuldete Staaten und Unternehmen, und Kredite werden billiger.

Eine Währungsunion wie die des Euro gerät dadurch in nicht geringe Schwierigkeiten. Zurzeit weist Griechenland eine Schuldenquote von rund 180 Prozent (Staatsverschuldung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) auf, die höchste im Euro-Raum (und die dritthöchste weltweit), und jene Italiens beträgt rund 140 Prozent, von all den verschuldeten Unternehmen ganz zu schweigen. Zwar ist auch Deutschlands Schuldenberg mit rund 2,1 Billionen Euro beachtlich, aber angesichts einer

Problemen unserer Passivgeldordnung (bestehend aus Kredit- bzw. Giralgeld und staatlichem Zentralbankgeld) und schlägt einen Umstieg auf eine Aktivgeldordnung (Waren- und Aktivgeld) vor. In „Die Ordnung der Freiheit und ihre Feinde. Vom Aufstand der Verlassenen gegen die Herrschaft der Eliten“, München 2018, zeichnet er u.a. die ab den 1980er Jahren verfolgte Geldpolitik nach.

höheren wirtschaftlichen Leistung liegt die Schuldenquote bei etwa 60 Prozent des BIP. Kurz: Manche Euro-Länder könnten höhere Zinsen zweifellos besser verkraften als andere.

Aber zurück zum sogenannten Dritten Weg: Seine Vertreter dachten, sie könnten über die Geldpolitik makroökonomische Stabilität schaffen, bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung mikroökonomischer Flexibilität. Man wollte die Märkte also nicht wie im Sozialismus dominieren, sondern die „Steuerfunktion der Märkte durch die Politik ergänzen und verbessern, nicht aber behindern“, wie Tony Blair und Kanzler Gerhard Schröder im Jahr 1999 in einem gemeinsamen Schreiben erläuterten²⁸. So glaubte man die Vorzüge von Sozialismus wie Kapitalismus – Sicherheit und Wirtschaftswachstum – zu kombinieren. Es klang ganz wunderbar, fast paradiesisch – nur leider war es eben zu schön, um wahr zu sein.

Der Missbrauch von Geldpolitik ist ein falscher Ansatz

Bereits der Ansatz war grundfalsch. Die Verwendung – oder besser gesagt der Missbrauch – der Geldpolitik für politische Zwecke widerspricht dem Recht auf Privateigentum. Geldeigentum ist eine elementare Form für die Haltung von privatem Eigentum. Wenn daher der Staat den Geldwert manipuliert, um seine selbst gesteckten Ziele zu erreichen, greift er in die Eigentumsrechte seiner Bürger ein. Deshalb ist die gezielte Verringerung des Geld-

²⁸ Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair (London, 8. Juni 1999). Internet ist der vollständige Text hier nachzulesen: <http://www.glasnost.de/pol/schroederblair.html> (Zugriff Februar 2020).

werts zur Erreichung von Inflationszielen letztlich eine schleichende Enteignung.

Darüber hinaus unterliegt der „Dritte Weg“ einem fundamentalen Irrtum über die Funktionsweise des freien Marktes und dessen Rahmenbedingungen. Man kann nämlich nicht einerseits die Steuerungsfunktion des Marktes nutzen und andererseits das Handeln der Wirtschaftsakteure durch staatliche Eingriffe absichern. Schützt man nämlich die Wirtschaftsakteure durch Geldpolitik vor den Folgen ihrer Fehler, setzt man den Marktprozess außer Kraft. Die Konfrontation mit den unerfreulichen Folgen von Fehlentscheidungen gehört aber zum freien Markt. Dieser besteht aus Versuch und Irrtum, wie Mayer unterstreicht.²⁹

Bekanntlich bezeichnete der Nobelpreisträger Friedrich August von Hayek den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren von Tatsachen, die andernfalls „entweder unbekannt bleiben oder doch zumindest nicht genutzt werden würden.“ Dieses Entdeckungsverfahren schließt die Möglichkeit Irrtümer zu begehen mit ein. Das bedeutet dann aber auch, dass Irrtümer in der freien Marktwirtschaft erkannt und danach korrigiert werden können. Andernfalls wird der Marktmechanismus außer Kraft gesetzt.

Ein künstlich aufgeblähter Finanzsektor gibt den Ton an

Eigenverantwortlichkeit im Umgang mit eigenen Produktionsmitteln ist wesentlich für die freie Marktwirtschaft. Der Dritte Weg nimmt den Einzelnen die Verantwortung für ihr Handeln ab. Die Lasten tragen Andere. Thomas Mayer hält fest: „Die makroökonomische Stabilisierung verändert die Risikoeinschätzung

auf mikroökonomischer Ebene und die Struktur der Wirtschaft. Der mit dieser Stabilisierung verbundene kostenlose Versicherungsschutz fördert riskantes Verhalten, dessen Kosten letzten Endes die Allgemeinheit zu tragen hat. Und der Einsatz der Geldpolitik zur Stabilisierung führt zur Aufblähung des Finanzsektors, zur ‚Finanzialisierung‘ der Wirtschaft.“³⁰

Heute gibt der durch die Geldpolitik künstliche aufgeblähte Finanzsektor den Ton an, dem die Realwirtschaft folgt. Durch das Senken des Zinses sind Blasen entstanden: „Drückt eine Planungsbehörde den Marktzins unter die Rate der Zeitpräferenz der Anleger, dann fragen die Investoren mehr Anlagekapital nach, als die Anleger an Ersparnissen anbieten.“³¹ In den USA bildete sich eine riesige Kreditblase, die den anwachsenden Finanzsektor nährte. Die verheerenden Folgen sind bekannt: In der Finanzkrise 2007/2008 platzte die Kreditblase. Noch verhängnisvoller ist aber: Seither folgte keine Trendumkehr. Im Gegenteil: Die Finanzdienstleistungen wuchsen weiterhin überproportional an und stellen ungebrochen den größten Sektor der US-Wirtschaft.

Eine „künstliche Welt der Blasenökonomie“ entsteht

Die Zentralbanken haben genau jene Wirtschaftssektoren, die durch ihre Überschuldung die Finanzkrise ausgelöst oder verstärkt haben, zuerst gestützt und dann „wieder aufgepöppelt“, um eine tiefere Rezession zu vermeiden. Aus der Politik des billigen Geldes finden sie nicht mehr hinaus. Vor nichts fürchten sie sich so sehr, wie vor einer Aktienbaisse. Deshalb verteidigen sie niedrige Zinsen wo sie nur können. Die Finanzmärkte werden wie-

²⁹ Die Ordnung der Freiheit und ihre Feinde, 87 f.

³⁰ Ebd. 87.

³¹ Ebd. 94.

terhin von der Droge des billigen Geldes der Zentralbanken versorgt.

Der überdimensionierte Finanzsektor behindert heute das Wirtschaftswachstum, weshalb die Reallöhne und das reale Einkommen der Lohnempfänger weniger steigen. Da gleichzeitig auch die Ersparnisse nicht mehr verzinst werden, löst sich die Fähigkeit der mittleren und unteren Einkommenschichten, durch Vermögensbildung für ihr Alter vorzusorgen, zunehmend in Luft auf. Gleichzeitig steigen die Vermögenspreise, wovon besonders ältere und vermögende Menschen profitieren, während die jüngeren ohne Kapitalvermögen zurückbleiben. Der durch die Niedrigzinspolitik der EZB ausgelöste Anstieg der Vermögenspreise erzeugt aber nur „die Illusion eines Vermögensgewinns, der durch den Anstieg des produktiven Kapitalstocks nicht gedeckt ist“³², wie Mayer unterstreicht. Willkommen in der „künstlichen Welt der Blasenökonomie“!

Ein Programm zur liberalen Erneuerung

Thomas Mayer macht auch Reformvorschläge abseits grüner Geldpolitik. Er fordert eine Geldordnung, die dem Bürger dient. Eine Konkurrenz zwischen staatlich und privat emittiertem Geld hält er für hilfreich³³. Neue digitale Währungen würden gute Voraussetzungen für eine künftige „multipolare Währungsordnung“ schaffen, in der sich das beste Geld durchsetzt. Und um den Euro zu reparieren

könnte eine zu 100 Prozent mit Reservegeld der EZB gedeckte Euro-Bankeinlage geschaffen werden. Zu diesem Zweck müsste die EZB schlicht ihr Anleihenkaufprogramm fortsetzen und die „Rückzahlung auslaufender Staatskredite und Staatsanleihen übernehmen“. Die Umstellung von Kreditgeld auf gedecktes Geld könnte demnach „mit einer Verringerung der ausstehenden Staatsschuld verbunden werden“³⁴.

Thomas Mayer schlägt gemeinsam mit den Ökonomen Justus Haucap und Stefan Kooths, und mit dem deutschen FDP-Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler ein „konföderales Europa“³⁵ vor: „Viele Bürger Europas lehnen das Ziel eines europäischen Zentralstaats ab und widersetzen sich der Abgabe nationaler Souveränität an eine europäische Zentrale ohne eine überzeugende ordnungspolitische Konzeption und ohne wirkliche demokratische Legitimität“³⁶, heißt es dort.

Ein „konföderales“ Konzept für ein Europa der Nationalstaaten hat vor 30 Jahren bereits Margaret Thatcher angedacht. Ginge es nach Thatcher, so würde es „auf der Idee der Zusammenarbeit zwischen unabhängigen souveränen Ländern basieren, die in einer Freihandelszone lose miteinander verbunden sind, mit Wettbewerb zwischen unterschiedlichen Steuer- und Regulierungssystemen und mit frei schwankenden Währungen.“³⁷

³² Ebd. 103.

³³ Ebd. 179-187.

³⁴ Besonders detailliert ist Thomas Mayer auf dieses Thema in „Die neue Ordnung des Geldes“ eingegangen.

³⁵ Plädoyer für ein konföderales Europa, FAZ 8.11.2015 [https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/plaedoyer-fuer-ein-](https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/plaedoyer-fuer-ein-konfoederales-europa-13896058.html)

[konfoederales-europa-13896058.html](https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/plaedoyer-fuer-ein-konfoederales-europa-13896058.html) (Zugriff Februar 2020).

³⁶ Ebd.

³⁷ Das Zitat stammt aus Thatchers Artikel für „The European“ vom 8.10.1992. Der vollständige Artikel ist hier nachzulesen:

<https://www.margaretthatcher.org/document/108305> (Zugriff Februar 2020).

Fazit

Die Geschichte verlief bisher anders: Die EU erlebte eine zunehmende Zentralisierung, ent-rückt von demokratischer Kontrolle und unter Missachtung sämtlicher selbst auferlegter Re-geln. Extreme Parteien verdrängten zuneh-mend die bisherigen Volksparteien, wie von Thatcher vorausgesagt. Die Briten sind nicht dem Euro beigetreten, wie von Helmut Kohl prognostiziert, sondern haben die EU nun komplett verlassen.

Die EU ist heute gefährdet, aber nicht verloren. Auch wenn die Stimmen der Vernunft mitunter leise sind, sie lassen sich nicht ganz einfach zum Schweigen bringen. Wenn die EU fortbe-stehen will, hört sie auf sie besser schon jetzt. Deshalb täte sie gut daran, das Währungspro-jekt in seiner bisherigen Form zu überdenken und von neuen Ideen in Richtung einer plan-wirtschaftlichen grünen Geldpolitik Abstand zu nehmen. ■

Über den Autor

Mag. Stefan Beig (*1978) schloss im Jahr 2005 das Studium der Philosophie und Musikwissenschaft an der Universität Wien mit dem Grad des Magisters ab und beendete im gleichen Jahr das Studium der Komposition am Konservatorium der Stadt Wien. Seit 2005 arbeitet er als Journalist. Seine Artikel erschienen unter anderem in der „Presse“, der „Wiener Zeitung“ und in der Monatszeitschrift „alle welt“.

Von 2010 bis 2013 war er Koordinator der von ihm gegründeten täglich erscheinenden Integrationsseite der „Wiener Zeitung“, für die er im Jahr 2012 mit dem Leopold-Ungar-JournalistInnen-Anerkennungspreis ausgezeichnet wurde. Von 2013 bis zum Frühjahr 2017 arbeitete Stefan Beig als Leitender Redakteur bei der Fundraising-Agentur „Missio“. Seine Reportage-Reisen führten ihn in dieser Zeit nach Indonesien, Osttimor, Sambia, Indien, Nepal, Myanmar, Thailand, die Vereinigten Arabischen Emirate und in den Libanon. Darüber hinaus wirkte Stefan Beig an Filmproduktionen mit und fungierte unter anderem als Regie-Assistent des österreichischen Kinofilms „Servus Ishq“.

Ab Herbst 2017 war Stefan Beig freier Mitarbeiter des Austrian Institute, seit Januar 2019 ist er in Vollzeit als Projektmanager angestellt.

Zitierweise:

Stefan Beig, Die Euro-Illusion: Vom Integrationsprojekt zur grünen Planwirtschaft, Austrian Institute Paper Nr. 28 (2020)

Kurzversion (online) und Download des Working Paper:

www.austrian-institute.org/de/blog/-die-euro-illusion-vom-integrationsprojekt-zur-gruenen-planwirtschaft/

©Stefan Beig, 2020

©Austrian Institute of Economics and Social Philosophy, Wien, 2020